

Schulsegregation. Herausforderungen für die kommunale Schulentwicklung

Dokumentation des Arbeitstreffens am 05. März 2020

Michaela Albrecht,¹ Thomas Groos,² Volker Kersting,³ Katharina Knüttel,⁴ Lutz Popp,⁵ Dr. Tobias Terpoorten⁶

¹Zentrum für interdisziplinäre Regionalforschung ZEFIR, Projekt UWE

²Klingenstein Solingen, Statistikstelle

³Zentrum für interdisziplinäre Regionalforschung ZEFIR, Projekt Mikrodatenanalyse

⁴Zentrum für interdisziplinäre Regionalforschung ZEFIR, Projekt Mikrodatenanalyse

⁵Stadt Bielefeld, Ganzheitliche Schulentwicklungsplanung

⁶Stadt Duisburg, Schulentwicklungsplanung

Hintergrund

Am 05. März 2020 fand im Zentrum für interdisziplinäre Regionalforschung (ZEFIR) der Ruhr-Universität unter dem Titel „Schulsegregation. Herausforderungen für die kommunale Schulentwicklung“ eine Veranstaltung zur Förderung des Austauschs von Wissenschaft und kommunaler Praxis statt.

Schulsegregation beschreibt das Problem, dass es einerseits Schulen gibt, die eher von sozialökonomisch privilegierten Kindern und Jugendlichen besucht werden, und andererseits Schulen, deren Kinder unter sozial schwierigeren Bedingungen aufwachsen. Schulen arbeiten also hinsichtlich der Kinder, die sie besuchen, mit jeweils unterschiedlichen Voraussetzungen. Schulsegregation hat, vor allem im Grundschulbereich, auch eine räumliche Komponente: Viele Schulkinder besuchen eher nahegelegene Grundschulen, sodass die soziale Zusammensetzung der Schülerschaft hier teilweise die soziale Zusammensetzung des Wohnumfelds spiegelt. Am ZEFIR gibt es schon seit vielen Jahren Forschung, die sich mit diesen Themenfeldern auseinandersetzt.¹ Aktuell befasst sich das Institut in Zusammenarbeit mit der Bertelsmann Stiftung in zwei Forschungsprojekten

mit Bildungsteilhabe bzw. Wohlbefinden von Kindern und Jugendlichen unter Berücksichtigung des schulischen und sozialräumlichen Umfelds:

- Im Projekt „Kommunale Handlungsfähigkeit durch Analysen und Qualitätssicherung mit kommunalen Mikrodaten“² wird in Kooperation mit der Stadt Solingen unter anderem auch Schulsegregation, soziale und sozialräumliche Ungleichheit im Bildungssystem und die Rolle segregierter Schulen und Räume untersucht. Hier stehen die Auswirkungen aktueller und vergangener Armutsphasen und das Leben in „segregierten Nachbarschaften“ im Vordergrund.
- Das Projekt „UWE – Umwelt, Wohlbefinden und Entwicklung von Kindern und Jugendlichen in Kommunen“³ hat ein Instrument entwickelt, um neben der „objektiven“ Lage von Kindern und Jugendlichen die subjektive Komponente in den Vordergrund zu stellen: In Kooperation mit den Städten Herne und Bottrop fanden Befragungen bei Schülerinnen und Schülern statt, um etwas über ihr Wohlbefinden und ihre stärkenden Ressourcen zu erfahren – und über ihre sozialräumliche Verteilung und die Verteilung in Schulen.

¹z.B. in den letzten Jahren Terpoorten (2014), Groos (2015), Groos (2016) und Jeworutzki u. a. (2017)

²Im Folgenden kurz: Mikrodatenanalyse, Projektbeschreibung hier

³Im Folgenden UWE, Projektbeschreibung

Beide Projekte wollen dabei einerseits wissenschaftliche Beiträge liefern, andererseits aber auch Wissen generieren, das den Kommunen (im Fall von UWE auch: den Schulen) als strategischer Ansatzpunkt dienen kann. In der letzten Dekade sind zwar die Programme „Lernen vor Ort“ und „Bildung integriert“ aufgelegt worden, die Kommunen unter anderem in der Gestaltung der Bildungslandschaft und dem Aufbau von Bildungsmonitoring unterstützen - die bildungspolitische Rolle der Kommunen hinsichtlich des Abbaus von Bildungsbarrieren für benachteiligte Kinder ist aber nicht substantiell ausgestaltet. Vor diesem Hintergrund trafen sich Vertreter:innen der beiden ZEFIR-Projekte zum Austausch mit kommunalen Experten aus dem Bereich kommunaler Schulentwicklungsplanung (Bielefeld und Duisburg) und Statistik (Solingen), um sich dem Themenfeld in einem offenen Austausch zu nähern. Im Folgenden findet sich eine Auswahl der Diskussionspunkte.

Schulsozialindizes: Die Datengrundlage, um Ungleiches ungleich zu behandeln

Um überhaupt ungleichheitssensibel agieren zu können, benötigt man eine entsprechende Datengrundlage. Die Standorttypen, die als Schulsozialindex zum „fairen Vergleich“ von Screenings genutzt werden,⁴ sind für den landesweiten Vergleich gut geeignet und geben auch innerhalb der Kommunen in der Tendenz die soziale Zusammensetzung der Schulen wider. Allerdings führt das landesweite Verfahren „im großen Maßstab“ zu Unschärfen, wenn man durch die kommunale „Lupe“ blickt: In Solingen beispielsweise unterscheiden sich die Schulen des gleichen Standorttyps 5 recht stark voneinander, was die soziale Zusammensetzung betrifft. Zudem spiegeln landesweit ermittelte Standorttypen auch die soziale Zusammensetzung der Gesamtkommune: In der ersten durchgeführten Standorttypenanalyse waren z.B. sämtliche Schulen in Dortmund, Herne und Gelsenkirchen Standorttyp 3 bis 5 – die sozial privilegierteren Standorttypen 1 und 2 kamen hier nirgends vor. Während das für den landesweiten Vergleich durchaus angemessen ist, reicht es eben nicht für kommunale Feinsteuerung.

Die Erfahrungen mit kommunalen Schulsozialindizes zeigen dabei große kommunale Unterschiede: Während in den einen Kommunen großer Diskussionsbedarf hinsichtlich der Datengrundlage und der Verfahren herrscht, sodass alleine die Konstruktion ein längerer kooperativer Prozess wird, werden in anderen Kommunen von den Verantwortlichen Verfahren festgelegt, die Indizes berechnet, regelmäßig aktualisiert und teilweise auch für Förderungen zugrunde gelegt. Auch der öffentliche und transparente Umgang mit den errechneten Indizes variiert.

⁴eine Beschreibung der Standorttypen findet sich hier, aktuell wird eine überarbeitete Version implementiert

Die Bedeutung sozialräumlicher Segregation

Auch in Bezug auf die Bedeutung sozialräumlicher Segregation für Schulentwicklungsplanung unterscheiden sich die Kommunen stark: Während dies in der einen Kommune nicht als eigenständige Analyse-kategorie berücksichtigt wird, wird in der anderen Kommune sozialräumliche Segregation durchaus mitgedacht, zum Beispiel bei der Planung neuer Schulstandorte. Teilweise sind diese Unterschiede auch auf die unterschiedlichen infrastrukturellen Gegebenheiten zurückzuführen: Wenn es wenig freie städtische Flächen und Baugrund gibt, ist der Spielraum für die Standortwahl schlicht nicht gegeben. Haben Kommunen allerdings mehr Optionen bei der Standortwahl, können (möglichst) kleinräumige Informationen genutzt werden, um Grundschulen so zu planen, dass der Standort eher eine „soziale Mischung“ fördert. Neben Spielraum bei der Standortwahl setzt eine solche Planung aber auch überhaupt sozialräumliche Diversität voraus – für Schulstandorte in homogen armen Bezirken benötigt man solche Überlegungen nicht. Einzugsgebiete können nicht „sozial gemischt“ geplant werden, wenn der komplette Planungsbereich sozial homogen ist.

Ein weiterer Bereich, in dem Kommunen hinsichtlich des Zusammenspiels von sozialräumlicher und schulischer Segregation Einfluss nehmen können, ist die Schaffung von Schulbezirken oder Schulsprengeln. Während die verbindlichen Grundschulbezirke/Schuleinzugsgebiete in NRW aufgehoben wurden, ist es den Kommunen mittlerweile freigestellt, diese wieder eigenständig einzuführen. Da die Aufhebung von Grundschulbezirken vor allem bei sozial benachteiligten Schulen dazu führt, dass (von „Mittelschichtseltern“) diese Schulen weiter gemieden werden, wird bei diesen die Situation zunehmend verschärft. Schuleinzugsgebiete sind zudem ein Politikbereich, in dem aufgrund des Zusammenhangs zu Schulwegen und allgemeinen Mobilitätsfragen Nachhaltigkeitsstrategien und Sozialpolitik zusammengedacht werden könnten. Perspektivisch können diese beiden Politikbereiche auch für die Sekundarstufe II verzahnt werden und Gedanken wie die Schaffung von „Oberstufenzentren“ nicht nur hinsichtlich sozialer Gerechtigkeit im Bildungsbereich, sondern auch hinsichtlich Mobilität und Nachhaltigkeitsstrategien abgeklopft werden.

Was tun? Weitere kommunale Handlungsmöglichkeiten im allgemeinbildenden System

Bei der Diskussion zu sozialräumlicher und schulischer Segregation standen bereits die Planung von Schulstandorten und die Konstruktion von Schuleinzugsbereichen als Mittel zur Vermeidung schulischer Segre-

gation zur Debatte. Neben diesen langfristigen planerischen Elementen gibt es aber auch Handlungsoptionen, die eher mittelfristig orientiert sind. So können auf Grundlage von Schulsozialindizes Gelder für Sozialarbeiterstellen und für Sprachförderung verteilt werden. Auch die Klassengröße ist eine mögliche Stellschraube: So kann planerisch darauf geachtet werden, für Schulen mit schwierigen Voraussetzungen die Klassengröße möglichst klein zu halten. Perspektivisch sollte hierzu die Kooperation zwischen Schulaufsichtsbehörden und kommunalen Trägern ausgebaut werden, da die Schulaufsicht den Rahmen für die Klassengrößen setzt und die Handlungsspielräume der Kommunen begrenzt sind. Unter Kenntnis der sozialen Zusammensetzung der Schulen könnten multiprofessionelle Teams zielorientierter eingesetzt und entsprechende Schulungen beantragt/durchgeführt werden. Insbesondere an Grundschulen kann der Offene Ganztag ein weiterer Baustein zu besserer Förderung sein.

Handlungsbarrieren

Es gibt in den Kommunen nur wenig Tradition, sich als Akteure hin zu fairen Teilhabechancen im allgemeinbildenden Schulsystem zu betrachten – das liegt teilweise auch in der Tatsache begründet, dass sie die grundlegende Funktionsweise des Schulsystems nicht beeinflussen können. Bei dem Treffen tauchte die „Systemfrage“ an verschiedenen Stellen auf, wurde aber nicht abschließend geklärt. Die einzelne Kommune – um die es vorrangig bei der Diskussion ging – hat nur begrenzte Einflussmöglichkeiten. Für Kommunen ist es aber möglich, sich selbst als Akteurin für mehr Bildungsgerechtigkeit zu definieren, Gestaltungswillen zu zeigen und Spielräume der Verwaltung zu nutzen. Schulentwicklungsplanung hat zwar im Kern einen klar definierten gesetzlichen Auftrag, der vorrangig erfüllt werden muss, nichtsdestotrotz kann sie sich als „soziale Schulentwicklungsplanung“ verstehen, bestehende Möglichkeiten ausnutzen und in Kooperation mit anderen Verwaltungsbereichen neue Wege gehen. Demgegenüber stehen Hierarchien und Ämterstrukturen sowie knappe Finanzlagen, die innovative Lösungen erschweren. Inwiefern externe Instanzen zur Lösung dieser Probleme beitragen können, war umstritten. Klar wurde allerdings, dass Managementfragen und Verwaltungsstrukturen hier eine große Rolle spielen.

Subjektive, pädagogische und qualitative Aspekte und die Rolle von Stadtgesellschaft

Schließlich wurde Teilhabe von Kindern und Jugendlichen unter einem anderen Aspekt diskutiert: Kinder und Jugendliche sollten nicht nur als Objekte von Schulplanung und Kommune betrachtet und versorgt werden,

sondern auch aktiv einbezogen werden. Bislang gibt es wenig Versuche, dies systematisch sicherzustellen. Dies ist einer der innovativen Aspekte des UWE-Projekts: Der Ansatz, das subjektive Wohlbefinden von Kindern und Jugendlichen in den Vordergrund zu stellen und dieses als Anlass für einen kommunalen und schulischen Prozess zu nehmen. In den meisten Kommunen gibt es allerdings kaum systematisches Wissen über die eher „weichen“ Aspekte: Die qualitativen, pädagogischen und sehr subjektiven Bedarfe von Kindern und Jugendlichen. Im Sinne eines „Neudenkens“ von Stadtgesellschaft wären Strategien erforderlich, um auch diese Aspekte angemessen berücksichtigen zu können.

Abschluss

Die Veranstaltung verlief mit flexibler Tagesordnung, den daraus resultierenden kreativen Austauschprozess fanden alle Teilnehmenden produktiv. Entgegen vorheriger Erwartungen ergab sich dabei eine nachgeordnete Rolle der Berechnung von Schulsozialindizes oder der Auswahl guter Indikatoren. Im Gespräch rückte vielmehr die Rolle von Verwaltung, Management und Hierarchien bei der Gestaltung sozial gerechter(er) kommunaler Bildungslandschaften in den Vordergrund. Es wird nach einem Rahmen gesucht, den Faden in einem anderen Format aufzunehmen.

Wir bedanken uns recht herzlich bei allen Teilnehmenden für ihre spannenden Inputs, die gute Diskussion und die vielen Ideen und Anregungen!

Quellen

- Groos, Thomas (2015): Gleich und gleich gesellt sich gern – Zu den sozialen Folgen freier Grundschulwahl. Arbeitspapiere wissenschaftliche Begleitforschung „Kein Kind zurücklassen“. Band 5. Gütersloh: ZEFIR und Bertelsmann Stiftung. Online hier verfügbar.
- Groos, Thomas (2016): Schulsegregation messen – Sozialindex für Grundschulen. Arbeitspapiere wissenschaftliche Begleitforschung „Kein Kind zurücklassen“. Band 6. Gütersloh: ZEFIR und Bertelsmann Stiftung. Online hier verfügbar.
- Jeworutzki, Sebastian; Knüttel, Katharina; Niemand, Catharina; Schmidt, Björn-Jan; Schräpler, Jörg-Peter; Terpoorten, Tobias (2017): Räumlich segregierte Bildungsteilhabe in NRW und im Ruhrgebiet. In: Schräpler, Jörg-Peter; Jeworutzki, Sebastian; Butzin, Bernhard; Terpoorten, Tobias; Goebel, Jan; Wagner, Gert G. (Hrsg.): Wege zur Metropole Ruhr. ZEFIR-Materialien Band 6, S. 13–213. Online hier verfügbar.
- Terpoorten, Tobias (2014): Räumliche Konfiguration der Bildungschancen. Segregation und Bildungsdisparitäten am Übergang in die weiterführenden Schulen im Agglomerationsraum Ruhrgebiet. ZEFIR-Materialien Band 3. Online hier verfügbar.